

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

109 (12.5.1921)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger 5.— M. einsch. 50 ¢ Zustellgebühr; für Abholung in der Geschäftsstelle und in den Abzügen 4.80 M.; durch die Post bezogen 4.80 M. ohne Ausgabe- u. Bestellgebühr monatl. Einzelempl. 25 ¢. Ausgabe: Werktags mittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: 8.50 M.; Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einpaltige Kolonelle 1.— M. Die Reklamezeile bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Nach der Kabinettsbildung

Aus Berlin, 11. Mai, wird berichtet: Das neue Reichskabinet hat in der vergangenen Nacht sofort nach der Abstimmung des Reichstags über das Ultimatum den Ententeregierungen mitgeteilt, daß ihre Forderungen angenommen seien. Das Schriftstück, das heute vormittag in Paris, Rom, London und Brüssel eingetroffen ist und auch nach Tokio gefahret wurde, ist kurz. Es enthält die Mitteilung von der Bildung der neuen Regierung und von dem Beschluß des Reichstags und zählt sodann die vier Punkte des Ultimatus im Wortlaut auf. Weitere Mitteilungen sind in der Note nicht enthalten.

Der Reichskanzler Dr. Wirth hat heute vormittag zunächst mit dem Pariser Votschaffer Dr. Mayer konferiert. Im Laufe des Tages hat er mit den Führern der Parteien einzeln über die weitere Entscheidung der Dinge beraten. Die nächste Aufgabe des neuen Reichskanzlers ist die Befestigung des Wiederaufbauminsterniums, das seit nahezu einem Jahre seinen eigenen Minister hatte, sondern von einem Ministerialsekretär geleitet wurde. Schließlich ist auch anzunehmen, daß die Befestigung des Votschaffers in Washington in Kürze wird zu erfolgen haben, weil zu erwarten ist, daß nimmehr nach Annahme des Ultimatus der Friedenszustand zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland erklärt werden wird.

Nach den Feststellungen des Reichstagsbüros haben sich an der vorgenommenen Abstimmung über Annahme oder Ablehnung des Ultimatus im ganzen 396 Abgeordnete beteiligt. Drei der abgegebenen Stimmzettel waren ungültig; von den 393 gültigen Stimmzetteln lauteten 221 auf Ja, 172 auf Nein. Ein Abgeordneter vom Zentrum hatte sich der Stimme enthalten. Für die Annahme stimmten sämtliche anwesenden Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion, des Zentrums und der Fraktion der Unabhängigen, außerdem 17 Demokraten, 6 Mitglieder der Deutschen Volkspartei (der bisherige Vizekanzler Dr. Heinze, der bisherige Staatssekretär v. Kaumer und ferner die Abgeordneten v. Kardorff, Frau v. Dheim, v. Rheinbaben und Thiel), außerdem von der Bayerischen Volkspartei die beiden Abgeordneten Bonshab und Schirmer und endlich der aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossene Abgeordnete Reich (Hamburg). Der deutsche Votschaffer in Paris Dr. Mayer-Kaufbeuren, der als Reichstagsabgeordneter der Bayerischen Volkspartei angehört, war bei der Abstimmung nicht anwesend. Der Fraktionsvorsitzende der Deutschen Volkspartei Abgeordneter Dr. Stresemann stimmte mit den Herren Stinnes und Bögler und der großen Mehrheit seiner Fraktion gegen die Annahme des Ultimatus. Die 17 Demokraten, die mit Ja gestimmt haben, sind die Abgeordneten Bahr, Graß, Bernstorff, Dr. Böhm, Dr. Dernburg, Dr. Gehler, Dr. Göß, Dr. Gotthein, der württembergische Staatspräsident Dr. Dieder, der bisherige Minister des Innern Dr. Koch, Kroll, Frau Dr. Lüders, Dr. Radnische, Dr. Peterlen, Pohlmann, Schiffer, Schäferschuld, Mit Rein haben alle übrigen demokratischen Abgeordneten gestimmt.

Die gefasste Auffassung der Sozialdemokratie ging zunächst dahin, daß sie es darauf ankommen lassen müsse, die Bildung der kommenden Regierung den bürgerlichen Parteien zu überlassen. Auf der anderen Seite aber ist jetzt die Notwendigkeit der Annahme der Bedingungen mit so schmerzlichen Gründen belegt worden, daß die Partei es nicht verantworten zu können glaubte, der Regierung auch für den Fall fernzubleiben, wenn sich keine bürgerliche Regierung bilden ließe, die zur Annahme der Bedingungen bereit wäre.

Was die Durchführung und Erfüllung der Ententebedingungen angeht, so haben sich in den letzten Tagen entgegen der ziemlich allgemein vertretenen Auffassung von der Unmöglichkeit der Erfüllung der Bedingungen hervorragende Wirtschaftsverständige auf den Standpunkt gestellt, daß es Deutschland bei der Zusammenfassung aller seiner Kräfte wenigstens einige Jahre gelingen werde, die Bedingungen zu erfüllen.

Bei den Ausstreunungen deutschnationaler Blätter, daß nach Londoner Informationen auch im Falle der Annahme der Bedingungen das Rheinrevier besetzt werde, handelt es sich offenbar um einen Bluff.

Die deutsche Note über Annahme des Ultimatus

Berlin, 11. Mai. Dem deutschen Votschaffer in London ist in der vergangenen Nacht folgende Note zur Übermittlung an Lord George telegraphisch übermittelt worden: Aufgrund des Beschlusses des Reichstags bin ich beauftragt, mit Bezug auf die letzten Entscheidungen der alliierten Völkern vom 5. Mai 1921 namens der deutschen Regierung folgendes, wie verlangt, zu erklären:

Die deutsche Regierung ist entschlossen,

1. ohne Vorbehalt oder Bedingungen ihre Verpflichtungen, wie sie von der Reparationskommission festgesetzt worden sind, zu erfüllen;
2. ohne Vorbehalt oder Bedingungen die von der Reparationskommission hinsichtlich dieser Verpflichtungen vorgeschriebenen Garantienmaßnahmen anzunehmen oder zu verwirklichen;
3. ohne Vorbehalt oder Verzug die Maßnahmen nach Abklärung zu Lande, zu Wasser und in der Luft auszuführen, die in der Note der alliierten Mächte vom 21. Januar 1921 notifiziert worden sind, wobei die rüstungsbereiten Abklärungen sofort, die übrigen zu den vorgeschriebenen Zeiten auszuführen sind;
4. ohne Vorbehalt oder Verzug die Beurteilung der Kriegsschuldigen durchzuführen.

Ich bitte, die Alliierten Mächte von dieser Erklärung unverzüglich in Kenntnis zu setzen.

Dieselbe Note ist gleichzeitig nach Paris, Rom, Brüssel und Tokio gesandt worden.

Berliner Pressestimmen

Das neue Reichskabinet wird von den Berliner Blättern, die den Parteien der jetzigen Koalition nachsehen, als eine Regierung des guten Willens begrüßt.

Der neue Reichskanzler wird auch vom „Vorwärts“ als demokratisch zuverlässiger Mann anerkannt, und wenn auch das Blatt nicht mit der Befestigung aller Ministerposten einverstanden ist, so stellt es diese Befestigung, die sich vor allem gegen das starke Liebersteins des „bürgerlichen“ Elements in der Regierung richtet, angelehnt der drängenden Notlage zur. Das Kabinet Wirth, so erklärt der „Vorwärts“, sei von vornherein nur als Kabinet zu betrachten, zu dem Zweck gebildet, das deutsche Volk vor dem Untergang zu bewahren. — Die „Voss. Zeitung“ hält das Fortbestehen der Deutschen Volkspartei für einen objektiven Mangel des Ministeriums, da tiefgreifende Änderungen der wirtschaftlichen Struktur unmöglich gegen die maßgebenden wirtschaftlichen Kreise vorgenommen werden könnten, die hinter der Deutschen Volkspartei ständen. — Auch die „Germania“ bedauert die Faltung der Deutschen Volkspartei, durch die eine zukünftige Entwicklung in unserer innerpolitischen Lage eingetretet sei, und spricht die Vermutung aus, daß die Deutsche Volkspartei sich in ihrer Entscheidung von Er-

wägungen habe beeinflussen lassen, die nicht ganz sachlicher Natur seien.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die die Faltung der Deutschen Volkspartei mit den bekannten Gründen rechtfertigt, stellt sich dem Kabinet Wirth und seinem Programm wenigstens nicht ablehnend gegenüber. Sie drückt sogar den Wunsch aus, daß die neue Regierung die Fähigkeit und Kraft haben werde, den Einmarsch der Franzosen zu verhindern und sich für die Erfüllung der Ententebedingungen einzusetzen. „Wir erkennen rüchhaltslos an“, so heißt es weiter, „daß sich die Regierung um das Vaterland ein ungeheures Verdienst erworben wird, wenn ihr das gelingt. . . Wir sind, wie die Dinge nun einmal liegen, ohne Hoffnung. Aber weit entfernt, der neuen Regierung Schwierigkeiten in ihrem Wirken zu bereiten, treten wir dafür ein, daß sich alle aufbauenden Kräfte der Nation vereinen, um ihr die ungeheure Last, die sie auf ihre Schultern genommen hat, tragen zu helfen. Die Parteien der Rechten werden jedenfalls zur neuen Regierung nicht in Opposition treten, sondern werden sie gewähren lassen, soweit und solange ihre Politik darauf gerichtet ist, das Vaterland vor den schweren Schlägen zu bewahren, zu denen die Feinde gegen uns ausgeholt haben.“

In den Blättern der Deutschnationalen Volkspartei beginnt bereits heute völlig unverbürgt der schlimmste persönliche Berührungskrieg gegen die Unterzeichner des Ultimatus. Auch die „Kreuzzeitung“, schiebt die ganze Verantwortung für das kommende Leid den Parteien zu, die den Frieden von Versailles angenommen haben, und bestreitet trotz der scheinheiligen Versicherung, auch die Meinung des politischen Gegners anzuerkennen, vor allem der Sozialdemokratie die Ehrlichkeit der Motivierung ihrer Stellung. Die Sozialdemokratie habe ihre innerpolitischen Ziele mit der Not des Vaterlandes verknüpft und wolle durch ihren Eintritt in die Regierung nichts weiter als eine Fortsetzung der Revolution vorbereiten. Den Gipfel ihrer Verleumdung erreicht diesmal nicht die „Deutsche Zeitung“, die sich darauf beschränkt, zu erklären, eine von der Regierung der deutschen Sprache unterzeichnete Urkunde sei für sie nichts mehr als ein festes Papier, sondern die „Deutsche Tageszeitung“, indem sie die sozialdemokratische Partei beschuldigt, Clemenceau bei der praktischen Durchführung der französischen Reparationspolitik hilfreiche Hand zu leisten. Das deutschnationalen Blatt schreibt weiter: „Aus den Reihen von 20 Millionen Deutschen, denen der Ultimatumstreck die Kehle zugeschnitten wird, klettert die Treppe, auf der sie wieder zur Macht emporsteigen, und auf der Spitze dieser schauerlichen Pyramide streckt sie den französischen Militärlisten und Revanchepolitikern die Hand entgegen, in die diese spucken.“

Die Lage in Oberschlesien

Verhandlungen der Entente mit Korfanty — Anerkennung der polnischen Besetzung

Berlin, 10. Mai. (Privattelegramm.) Wie die „V. Z. a. M.“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, ist es in der interalliierten Kommission in Opatow zu einem offenen Bruch gekommen. Die italienischen und englischen Mitglieder stehen den französischen in schroffer Ablehnung gegenüber, denen sie vorwerfen, daß sie angeht die Sachlage in Oberschlesien verwickelt, die Lösung hinauszuziehen. Die Differenzen sind sogar rein persönlicher Natur geworden und es hat heftige Einzelgespräche zwischen Mitgliedern der Kommission gegeben. Der 2. italienische Bevollmächtigte, der Universitätsprofessor Passagli, hat sein Amt niedergelegt und ist abgereist, desgleichen haben 2 englische und ein italienischer Kreisintendant wegen ungenügender Unternehmung um die Enthebung von ihrem Posten gebeten.

Die Berliner, 11. Mai. In der Lage Oberschlesiens ist eine wesentliche Änderung nicht eingetreten. Wenn es gelungen ist, den Polen den Hafen von Cosel, den sie besetzt hatten, wieder abzunehmen, so sind doch große Mengen von Lebensmitteln in die Hände der Polen gefallen, so u. a. 40 000 Zentner Wehl, die zur Vinderung der Lebensmittelnot dort aufgespeichert waren.

In einem von den polnischen Aufständigen veröffentlichten Heccebericht wird behauptet, daß bei den Kämpfen um Pogorzellek und Wrasa Reichswehrabteilungen festgehalten worden seien. Dadurch sei eine neue Lage geschaffen worden, der die polnische Regierung sofort Rechnung tragen werde. Demgegenüber wird von zuständiger Stelle erklärt, daß nicht ein einziger Reichswehrsoldat an den Kämpfen um Oberschlesien teilgenommen habe. Die ungarischen Darstellungen der polnischen Aufständigen haben nur den Zweck, die Teilnahme polnischer regulärer Truppen an den Kämpfen in Oberschlesien zu rechtfertigen.

Wien, 11. Mai. Die Lage ist unverändert. Die Dorfbesitzer, die in die Stadt kommen, müssen polnische Ausweise haben. Telefonverbindungen in die Umgebung bestehen nicht. Kost ist von den Polen besetzt. Die Franzosen haben den polnischen Kommandanten zum Bürgermeister gemacht. Sanitätsrat Kofner ist verschleppt worden. Durch Feindtätigkeiten fortwährend polnische Truppentransporte. Vor der Front zurück bringen die Jäger Verbände. In den Dörfern werden die Deutschen zum Wachen herangezogen und zum Teil gezwungen. In Niedersdorf wurde ausgerufen, daß alle wehrfähige Männer bis zu 50 Jahren sich zum Dienst zu melden hätten. Der Landrat Kattowitz ist bis zum 15. Mai mit Lebensmitteln versorgt.

Wien, 11. Mai. Die Polen veranstalteten nachts in den umliegenden Ortschaften unter Glockengeläute und Schiessereien große festliche Umzüge mit Musik. In Hindenburg wurde am Vormittag ein großer Festzug abgehalten. In Wisniewitz fand ein Umzug statt, an dem auch Schulkinder teilnahmen. Am Witternachts wurde an der Kirchengasse ein mit Weisheit geschriebenes Plakat angeschlagen. Oberschlesien ist frei, vormittags findet ein Festgottesdienst statt.

Verhandlungen mit Korfanty

London, 11. Mai. Die „Times“ melden aus Beuthen: Die Verhandlungen zwischen der interalliierten Kommission und den Aufständischen hätten zu der Anerkennung Korfantys geführt. Die interalliierte Kommission übernehme die Verantwortung für die Oberaufsicht des Gebietes. Die Aufständischen erhalten jedoch die Kontrolle der Eisenbahnen. Wie das Blatt weiter meldet, ist die Demütigung der Alliierten in Oberschlesien vollständig. „Daily Mail“ zufolge erklärte Korfanty in einer Unterredung mit dem Vizepräsidenten dieses Blattes, in einer Woche würden seine Streitkräfte die gesamte Provinz, die sie annectieren würden, besetzt halten.

Wien, 11. Mai. Nach einem Warschauer Funkgespräch „An die“ soll ein Waffenstillstand zwischen Korfanty und der interalliierten Kommission abgeschlossen worden sein, der eine Demarkationslinie entsprechend der Korfantylinie festsetzt und bestimmt, daß ein Exekutivkomitee der Insurgenten im obereschlesischen Aufstandsgebiet die öffentliche Gewalt übernimmt, und daß die Polizei- und Gendarmerieverwaltung an die Insurgenten übergeht und das die Landesräte ihrer Ämter enthoben werden.

Wien, 11. Mai. Auf der Eisenbahndirektion in Katowitz erschien gestern eine polnische Delegation und verlangte von den Kontrollleuten der Eisenbahndirektion die Besetzung des Eisenbahndirektionspräsidenten wegen namentlich ausgeübter Differenzen. Die Beamtenhaft hat diese Forderung einstimmig zurückgewiesen. Die polnische Ordnung stellte darauf das alternative Ansuchen, die Beamten auf zwei Monate zu beurlauben und ihre Stellen von Polen zu besetzen und als dritten Vorschlag, fernern die Beamten in ihren Stellungen zu belassen, sie aber nur noch beratend neben polnischen Beamten tätig sein zu lassen. Eine Forderung der polnischen Delegation, alle Bahnhöfe des besetzten Gebietes für die Polen räumen zu lassen, wurde ohne weiteres abgelehnt.

Sankt Petersburg, 12. Mai. Wie die polnische Telegraphen-Agentur meldet, geht die Demarkationslinie, die Korfanty mit der interalliierten Kommission vereinbart hat, über Bierdowitz, westlich von Ujez, Groß-Streik und Kossowiza und geht der Grenze der Kreise Lublin und Tels entlang. Die französischen Truppen werden hinter die Demarkationslinie zurückgezogen. Im Gebiet entlang der Demarkationslinie geht die Verwaltung vollständig an die Polen über. Es bezogen sich, daß die Kreise mit polnischen Polizei- und Gendarmeriebehörden versehen wurden. Die interalliierte Kommission erklärt eine allgemeine Amnestie für alle am Aufstand Beteiligten, gleichgültig, auf welcher Seite sie gestanden haben. Die gefangenen Deutschen werden der alliierten Kommission übergeben, die gefangenen Polen kommen an Polen zurück.

Byzantinische Schweifwebeleien in der deutschen Republik

Wir lesen im Singener "Volkswille": Wer es noch nicht weiß, der kann es aus dem "Donauboten", "Donauwächter", feststellen, daß widerliche Schweifwebeleien vor den Großen und Mächtigen auch in Deutschland noch nicht ausgestorben ist. Denn dort feiert diese Schweifwebeleien aus Anlaß einer Fürstenthronbesteigung. In einem spaltenlangen Gemisch von Verlogenheit und Bauchkreischelei bringt es dieses Blatt fertig, einen an sich unbedeutenden Vorgang zu einem Ereignis zu stampeln, das alle alten und jungen Klatschbasen christlichstoll erschauern läßt. Zur Erweiterung unferer Leser, aber auch zum Nachdenken, seien einige "Blüten" wiedergegeben:
... Die Schachdamen hatten sich geöffnet und zeigten in funkelndem Glanz fast vergessene Herrlichkeiten.
Die Hochzeit fand in Wien statt. Dem gleichen Wien, dessen Kinderelend bekanntlich zum Himmel schreit. Welche politische Gelei in derartigen Jammerleistungen liegt, braucht angesichts der gegenüber der Entente so oft betonten deutschen Armut wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden. Hoffentlich sieht sich der Steuerfiskus einmal den funkelnden Glanz fast vergessener Herrlichkeiten an.
... Mit dem ersten Glodenschlag erbrauste des Stefansdoms große Orgel in machtpollen Tönen die Fürstenerger Hymne... Liebreizend und rührend angusehen war es, wie S. D. ... S. D. der Erbringer trug die Paradeuniform der Garde du Corps, ein Vollbild männlicher Kraft, die Braut voll holder zarter Anmut im Schilde der Morphe und des Diabols hatte sich in duftiges Weiß gehüllt. Es folgten S. D. der Fürst in der Galauniform der Garde du Corps...

Werden die Vertreter der Entente in Wien hübsche Berichte nach Paris und London senden. Sie werden zweifellos melden, daß Militarismus und Absolutismus in Deutschland auf dem besten Wege seien, frühliche Aufzehrung zu feiern.
... Uns Fürstenerger aber verfehlt in gehobener Feststimmung die im Stefansdom wohl zum erstenmal wiederhallende liebe traute Fürstenerger Hymne in vierstimmigem machtpollen Chor...
Wir gestatten uns, die Ursachen der gehobenen Stimmung anderswo zu suchen, als in der Fürstenerhymne. Denn ohne Alkohol, ohne Kaufzustand, würden derartige Byzantinereien in Deutschland nicht mehr verfaßt werden.

Die Werbung für die Fremdenlegion in Deutschland

Das Reichsministerium des Innern hat kürzlich darauf hingewiesen, daß leider sehr viele Deutsche freiwillig zur Fremdenlegion gehen. An der Wichtigkeit dieser unerfreulichen antinationalen Bestimmung ist leider nicht zu zweifeln. Allmonatlich begeben sich viele junge Leute, oft aus reiner Abenteuerlust, in das besetzte Gebiet, um in die Fremdenlegion einzutreten. Warum? Weil sie in gänzlichem Unkenntnis der wahren Verhältnisse in der Legion, unter den Palmen Afrikas, interessante, ruhm- und tatenreiche Soldatenjahre bei hohem Sold und Aussicht auf baldige Beförderung zum Offizier und eine lebenslängliche Pension verleben zu können wännen. Die Unglücklichen; wie bald wird die rauhe Wirklichkeit sie aus ihren Träumen reifen. Wie schnell werden sie dahinterkommen, daß alles, was man ihnen bei ihrem Eintritt versprochen, nichts wie Lug und Trug war.

Unzählige Werber - zu unserer Schande müssen wir gestehen, fast ausnahmslos im Dienste Frankreichs stehende Deutsche - machen auf ihre Landsleute Jagd, um sie in die Legion zu bringen. In den Städten wie auf dem flachen Lande üben sie ihr schändliches Handwerk aus. Selbst an noch kaum den Kinderjahren Entwachsenden machen sie die Schurken heran. Meist sind ihre Opfer Arbeitslose. Man verspricht ihnen eine gutbezahlte Stellung im Wiederaufbaugelände als Techniker, Angestellte, Arbeiter, Bergleute usw. Die Opfer werden dann, nachdem man das freudige Ereignis, die Aussicht auf die gute Stelle, noch mit dem nötigen Alkohol gefeiert hat - dem meist sehr nobel auftretenden Werber kommt es auf ein paar Mark nicht an - mit der Bahn in eins der Sammellager der Fremdenlegion im besetzten Gebiet gebracht. Hier erfahren die meisten erst, wohin sie geraten sind. Man zwingt sie dann auf eine oft ganz gemeine Weise, den Kontrakt zur Legion zu unterschreiben. Neudings ist der Teufel beliebt, daß man den Leuten einen Arbeitskontrakt vorlegt, unter dem der

Verpflichtungsbogen für die Legion liegt. Zwischen beiden befindet sich ein Blatt Kleinpapier. Wenn nun der Mann, eingeschüchert durch die schlechte Behandlung, durch Hunger und Sälage, den Arbeitskontrakt unterschreibt, unterschreibt er gleichzeitig mittels des Kleinpapiers den Kontrakt für die Fremdenlegion, in dem er sich für fünf Jahre für die Legion verpflichtet.

Es ist deshalb notwendig, immer wieder auf diese Gefahr hinzuweisen; die Arbeitslosen zu warnen, damit sie fremden Personen gegenüber, die mit schönen Versprechungen an sie heranzutreten, auf der Hut sind. Viel zu wenig ist unter den Arbeitslosen bekannt, daß die französische Regierung bis jetzt jede Mitwirkung von Deutschen beim Wiederaufbau des zerstörten Gebietes abgelehnt hat. Und zudem würde eine Anwerbung von Arbeitern für das Wiederaufbaugelände nur durch Vermittlung der deutschen Behörden, niemals aber durch Privatpersonen auf der Straße erfolgen können.
Darum: "Hütet euch vor der Fremdenlegion!" Wenn es noch so schlecht in Deutschland geht; der Eintritt in die Fremdenlegion verbessert sein Los nicht; im Gegenteil, er tauscht gegen die Qualen der Erde die viel schlimmeren Qualen der Hölle ein. Für den Vorkriegs-Regionär ist die Legion die Hölle.

Deutscher Reichstag

Präsident Euse eröffnet die Sitzung 2.20 Uhr. Zum 4. Vizepräsidenten für die Dauer der gegenwärtigen Tagung wird Abg. Rißler (D.Vp.) gewählt. Das deutsch-schweizerische Sozialistische Abkommen betr. Ueberleitung der Rechtspflege im Guldshiner Ländchen wird in allen drei Lesungen angenommen.

Der Nachtrag zum Reichshaushaltsplan. Es folgt die 2. Lesung des Nachtrags zum Reichshaushaltsplan (Beamtenbesoldung).

Abg. Delius (Dem.) berichtet über die Beratungen des Ausschusses.
Abg. Morath (D.Vp.): Es wäre wesentlich, daß die Ämterprüfung, die völlig überflüssig ist, beseitigt wird. Der Redner begründet dementsprechend einen Antrag, wonach die beim Aufwachen in Gruppe 7 geforderte Prüfung insoweit fortlassen soll, als die entsprechenden Kenntnisse bereits in früheren Prüfungen nachgewiesen sind. Die Ergänzungsprüfung soll auch bei allen denjenigen Beamten wegfallen, die eine 10jährige Dienstzeit in Gruppe 8 zurückgelegt haben.

Abg. Bruhn (D.Vp.) tritt ebenfalls für die Beseitigung der Ergänzungsprüfungen ein.
Ein Antrag Schiffer (Dem.) fordert gleichfalls Aufhebung der Ergänzungsprüfung der Ämterbesoldung beim Aufwachen in Sekretariatstellung.

Ein Regierungsvertreter bittet alle Anträge abzulehnen. Ihre Annahme würde die ganze in langjährigen Verhandlungen zustande gekommene Besoldungsordnung gefährden und die ganze Frage von neuem aufrollen. Das automatische Aufwachen der Ämterbesoldung hätte die Folge, daß z. B. auch die Volontariatsführer sich keiner Prüfung mehr unterwerfen wollten. Das ist unmöglich. Trotzdem ist die Regierung bereit, die bereits nachgewiesenen Kenntnisse anzuerkennen und darauf in der Prüfungsordnung Rücksicht zu nehmen.

Abg. Steinkopf (Soz.) will die beantragten Vergünstigungen auch auf die außerplanmäßigen Beamten ausdehnen.
Abg. Schulz (Dem.) fordert gleichfalls Aufhebung der Ergänzungsprüfung.

Die Abg. Breunig (Unabh.), Dauer (Bayer. Vp.), Feltner (Konum.) stimmen der Aufhebung der Ergänzungsprüfung zu.
Abg. Vogt (Soz.): Bei der Behandlung solcher Anträge muß die Demagogie der Parteien ausgeschaltet werden. Der Weltlauf um die Gunst der Beamenschaft muß aufhören.
Abg. Hoffe (Ztr.) stimmt dem Antrag Schiffer zu.

Abg. Quadt (D.Vp.): Anlässlich der Uebernahme preussischer Beamter auf das Reichsverkehrsministerium ist ein Beihilfenvertrag mit den Beamten erfolgt. Eine gesonderte Regelung der Beamtenverhältnisse im Reichsverkehrsministerium muß erfolgen. Die Anträge Schiffer und Bruhn werden angenommen.
m e n, ebenso der Nachtragsetat in zweiter und dritter Lesung. Die Ausführungsbestimmungen zum Besoldungsgesetz gehen an den Besoldungsausschuss.

Auf der Tagesordnung steht dann folgender Antrag Müller-Franken (Soz.), Vourlage (Ztr.), Regei (D.Vp.), Dr. Cremer (D.Vp.), Schiffer (Dem.), Reich (Bayer. Vp.): Der Reichstag wolle beschließen: 1. Die Reichsregierung zu ersuchen, mit künftiger Beschleunigung unter Anwendung der Verordnung gegen Preistreiber vom 8. Mai 1918 (Reichsgesetzblatt S. 395) die Gestellungsstellen für Zellstoff, Holzstoff und Zeitungsdruck-

papier durch genügend zahlreiche und eingehende Revisionen die erforderlichen Mittel bereit zu stellen und zur Brüfung der Presse an Hand der Revisionsergebnisse einen Ausschuss einzusetzen, dem Mitglieder des Reichstags, Reichsrats und Reichswirtschaftsrats sowie Vertreter der Zeitungsverleger und der beteiligten Industrien in paritätischer Zusammenfassung angehören; 2. hierbei feststellen zu lassen, ob eine Preisfestlegung etwa durch Kartellmaßnahmen gehindert worden; 3. das Zeitungsdruckpapier in der Tarifklasse D ohne Erhebung eines Zuschlags für bedeckte Wagen zu lassen; 4. um der deutschen Presse den Uebergang von der gebundenen zur freien Wirtschaft zu erleichtern sind drei Monate (April bis Juni 1921) je 6 Millionen zur Verfügung zu stellen.

Abg. Bruhn (D.Vp.) weist darauf hin, daß eine Erhöhung des Druckpapierpreises von 2,80 M auf 3,60 M beabsichtigt wird. Dabei kann das Zeitungsgewerbe nicht bestehen.

Abg. Brandes (Unabh.): Die Papierfabrikanten haben sich im Kriege gesund gemacht. Jetzt will man die Preise erhöhen, obwohl die Holzpreise gesunken sind. Wegen die Papierindustrie muß entschieden eingeschränkt werden. Die Sozialisierung der Papierwirtschaft ist eine selbstverständliche Sache.

Abg. Dr. Cremer (D.Vp.): Die deutsche Presse ist ein wichtiger Kulturfaktor, der als solcher selbstverständlich aufrechterhalten werden muß. Wir wollen nicht, daß die deutsche Presse auf das Niveau der Presse in vielen romanischen Ländern herabsinkt, wo nicht nur der Angeigentel, sondern auch der redaktionelle Teil käuflich geworden ist. (Zuruf aus den Reihen der Kommunisten: Wie bei uns! Sinnes!) Diesen Einwurf kann ich nicht ernst nehmen. (Zuruf aus den Reihen der Kommunisten: Wir nehmen Sie auch nicht ernst, besonders nicht, wenn Sie lügen!) - Der Zuruf wird vom Präsidenten zur Ordnung gerufen. - Die hohen Gewinne erklären sich zum Teil aus der teilweise sehr hohen Aufzucht. Hier ist aber nicht die Gelegenheit, grundsätzlich das Problem der Sozialisierung oder die Frage der Kartelle zu kornern. Die Preiserhöhung ist nur ein kleines Mittel, aber sie hilft vielleicht der Presse, ihre Fortbestehen zu ermöglichen. Wir verlangen eine Abschaffung der Angeigentel. Wir wollen keine Subventionierung der Zeitungen, aber für die Uebergangszeit müssen wir in den sauren Apfel beißen. Die Verleger haben erklärt, daß diese Unterstützung in Verbindung mit dem Entgegenkommen der Zellstofffabrikanten es ihnen ermöglicht, auch die kleine Presse vorläufig durchzuhalten. Auch die Regierung sollte zu der Frage Stellung nehmen, damit diese Beunruhigung nicht nur in den Kreisen der Verleger, sondern auch der geistig Tätigen, der Redakteure, sich ausbreitet.

Abg. Sibow (Soz.): Auch wir haben Bedenken gegen eine Zuschußwirtschaft. Aber es handelt sich um eine außerordentliche Lage. Wegen den Preiswucher sind durchgreifende Maßnahmen nötig. Auch wir fordern die Sozialisierung.

Abg. Gerstenberger (D.Vp.): Hoffentlich kommt der Zuschuß bald zustande.

Bei der Abstimmung werden die Anträge auf Sozialisierung des Papiergewerbes abgelehnt. Der gemeinsame Antrag aller bürgerlichen Parteien und der Reichstagssozialdemokraten wird einstimmig angenommen. - Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Abg. Schulz-Bromberg (D.Vp.) fordert die Regierung auf, morgen ihr Programm dem Reichstag mitzuteilen.

Präsident Euse erklärt, daß die Regierung nach einer Mitteilung des Reichskanzlers noch nicht dazu in der Lage sei, da die Ministerien des Auswärtigen, der Finanzen und des Wiederaufbaues noch nicht bereit sind. Die Anträge der Kommunisten und der Unabhängigen, die Frage einer Amnestie unter Aufhebung der Sondergerichte am Donnerstag zu behandeln, werden abgelehnt.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 1 Uhr. Kleine Vorträge. - Schluß 6 Uhr.

Badische Politik

Zur Einkommenbesteuerung der Auslandsdeutschen. Infolge vielfacher Anfragen wird darauf hingewiesen, daß Deutsche die vor dem Kriege ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Auslande hatten, sich entweder bei Kriegsausbruch vorübergehend im Inland aufhielten oder während des Krieges ins Inland gekommen sind und spätestens ein Jahr nach Beendigung des Krieges mit allen Großmächten in das Ausland zurückkehrten, vom Zeitpunkt der Rückkehr in das Ausland ab von der Einkommensteuer befreit sind. Diese Befreiung von der Einkommensteuer erlischt sich aber nicht auf Einkommen aus inländischem Grundbesitz, aus inländischem Gewerbebetrieb, aus einer im Inland ausgeübten Erwerbstätigkeit oder auf solche regelmäßig wiederkehrenden Bezüge oder Unterhaltungen, die aus inländischen öffentlichen Kassen mit Rücksicht auf eine ge-

finale

Aus dem Feina-Werke bei Merseburg, das bei den kommunistischen Putzern kürzlich eine Rolle spielte, geht uns von einem dort beschäftigten Genossen folgender Bericht nach Wiedereintrittsbesetzung des Werkes zu. Es ist derselbe Genosse, der uns auch kürzlich über das Treiben der Kommunisten in dem Werke eine so anschauliche Schilderung schickte.

Zeit einigen Tagen rauchen die Essen wieder. Die Gefangenen, die in einem Silo festgehalten worden waren, sind nach Wittenberg, Altengraben und Jüterbog überführt, wo sie ihrer Beurteilung harren. In einem Neubau der Kolonie-Anlage ist ein Büro eingerichtet, das Auskunft über die Irregulären gibt. Die Toten sind längst beerdigt. Man brachte sie auf die Friedhöfe der benachbarten Dörfer. Ohne Song und Klang fuhr man sie, gepackt in Rostkägen, sog. Rostenquetschen auf Krümpferwagen zur letzten Ruhe. Einige blieben unerkannt, weil sie nicht zur Belegschaft gehört hatten. Keiner wurde von seinen Angehörigen verlangt. Nun ruhen sie da draußen aus, gefallen in ihrer Jugend Schöne, eines wahnsinnigen Moloche's Opfer. Was es immer etwas Großes sein, für die Freiheit leben und sterben zu können! Doch für ein solch Ideal zu kämpfen und zu sterben, das in der Freiheit die Ungeduldtheit des Handelns: Raub, Blünderung, Gefährdung hundert Menschenleben, erblickt, ist jedes Opfer zu schade. Wandler Mutter Sohn ist unter den Toten, der sich wohl das Abenteuer von Feina anders gedacht haben mag. So ungefähr, wie es ihm Kinos vorführten, oder wie es in den Räuberromanen geschildert wird. Mehrere Tage hintereinander erschienen morgens vor dem Tore eine blaße Frau, die Jeden nach dem Verbleib ihres Sohnes befragte. Wenn einer von der Reichswehr oder von der Gipo nahe, ging sie mit gefalteten Händen auf den zu und bat und flehte, daß es einen Stein hätte erbarmen können. Wir hätten gerne gesehen, wenn alle Mitglieder der "direkten Aktion", alle Verhimmelter Moloche's, ja alle Rabitalen die Szenen geschaut hätten, die sich hier abgepielt haben. Trotz der Verleumdung, daß der Schreiber dieses bestellte Arbeit liefert, möchte ich doch alle, die in diesem Werke befangen sind, nach hier einladen. Hier in Feina ist bestellte Arbeit zu sehen: Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Hunger, Elend und Verweiflung. Die Hauptfehler waren die Ersten, die den Reissern in die Wohnung trafen und um Wiederaufnahme baten. Sie wollen es nicht so gewollt haben, ist ihre Entschuldigung. Und während am Oster-

montag abend Gruppenführer die Stoßkompanien formierten, ein Zimmermann mit seinen Getreuen den letzten Weinvorrat eroberte, ratterte der Aktionsauschuss mit 6 Automobilen um die erste Stunde davon. Wir wollten nach Schleuditz und dort Kampfruppen bilden! Galtet tapfer aus, in ein paar Stunden sind wir wieder hier!" rief man den Bewaffneten zu, die ehrerbietig um die Wagen standen. Sie sind davon gefahren mit dem Revolutionsfond und mit dem Gelde, das man aus dem aufgepressten Kassenfond des Werkes entnommen hatte. Eine Kasse lieh man neben der Straße liegen, sie war nicht zu öffnen. Doch die Helben lehrten nicht mehr wieder. Man sah nach ihnen aus bis der erste Schrapnellschuß fiel. Und da sind die Kämpfer erwaht und nichtern geworden.

So wird es gemacht, Genossen! Jedem, der Euch anders befehlen will, haltet diese Tatsachen vor Augen. Man blide in die Wartesäle von Leipzig, Halle, Naumburg und Weitzenfels. Die sind zu Ästlen für Obdachlose geworden. Für ein Lager auf dem Dachboden sind in Merseburg 60 M pro Monat geboten worden. Die Kandidaten in der Umgebung sind beliebt und wehe einem, der es wagen würde, unter diesen Unglücklichen das moskowitzische Evangelium predigen zu wollen!

So sieht sie vor mir, die Schmoßgesellschaften, die nicht allein links und rechts schreiben, sondern auch mit dem Rande, wenn es Verhältnisse und Umstände erfordern, den Wechsel mitmachen. Da steht man das politische Ungefühlslein, das danktote Paktentium. Es fehlt noch der Finger im Munde, dann ist das Kind fertig. Einige sind wieder in den Betrieben. Ihren Frauen und Kindern haben fies zu verdanken. Und so geschwind sie die Verfügungen des Aktionsauschusses von uns unterschrieben haben wollten, so geschwind unterschrieben sie die 14 Punkte, die die Fabrikleitung jedem Wiedereinstellenden vorlegt. Unter diesen Punkten sind die Verbote des Rauchens, des Mitnehmens von Aufzügen, das Verteilen von Flugblättern, Abhalten von Vertrauensmänner-Bersammlungen während der Arbeitszeit und noch Anderes enthalten, was keine Erweiterung der Freiheit bedeutet.

Jeden Tag finden Massen-Einstellungen statt. Neu-Einstellungen können vorherhand noch nicht vorgenommen werden. Die Auswärts-Wohnenden erhalten den Bescheid per Post zugesandt. Vielen Unschuldigen wurden die Entlassungspapiere übermittlel. Immer noch finden Verhaftungen statt. Am Samstag, den 16. April, wurde der Vorsitzende des Angestellten-Rates, als er die Bersammlung im Kasino in Merseburg abhielt, abgeführt. Er war während des Auftrufes mit dem Aktionsauschuss in Verbindung und soll bei der Kassengeschichte beteiligt gewesen sein. Die vor die Sondergerichte Vorgeschickten plaudern mehr aus, wie sie brauchen. Suchend ihre Lage in ein

milbes Licht zu stellen, werden viele zu gewissenlosen Anklägern Verleumdern und Denunzianten. So kommt es, daß völlig unbeteiligte in den Mordst mit hineingezogen werden. Auch der Vorsitzende des Angestellten-Rates scheint das Opfer von Denunzianten zu sein. Man sieht zur Genüge: hier fehlt die moralische Erziehung. Was nützt der R.A.V.D. u. der R.F.V.D. eine große Mitgliederzahl, wenn die Führer die moralische Erziehung außer acht lassen! Die Masse politisch zu entflammen ist keine große Kunst. Sie zu beherrschen aber, auf sie moralisch einzuwirken zu können, ein Instrument aus ihr zu machen; da geschah schon mehr dazu als Vorkämpfer; oder Minoritätenführer als Vorkämpfer benutzt zu haben. Direkt wirred lautet jetzt die Anklagen. Ueber Obere verlangen die "Lebenskompanien" und die Stoßtruppe deren Wein und Rauchtmaterial auch etwas fürs Herz. Was löst näher, als daß man die Reiber der Arbeiter, der Barackenbewohnerinnen zu reaktivieren begann? Was eine sich nicht gutwillig hin, so feste man ihr mit der Rechten den Kolben vor den Busen, während die Linke die Reiber herabstieß. Moral, mehr Moral, meine Herren! Man zeichnete sich Äpfel-Kappen mit Kreide an, stempelte den Dombenbesatz mit dem Giftdrücken ab, um darzutun, daß man zu sterben in jeder Lage bereit sei. Und als die Reute brausten, die Schüsse donnerten, lief man davon. Suchte Versteck in Kellern unter Ästern oder in Neubauten. Wo ist die Erziehung!

Jetzt lagen jene, alles sei Spitzelerei gewesen. Von rechts sei provoziert worden. Ja, hatte man denn nicht lange genug Zeit, Auskünfte über die "Führer" einzuholen? Und dann steht einer auf und sagt: Der Kampf ist angehebt worden, um darzutun, wie groß die Masse ist, die hinter der Sache steht. Um eine solche Herrschaft abzuhalten, mußte sie auch mit Blut unterschrieben werden? Wer so gerne im Blute sich badet, was doch zu den Feuerländern gehen. Arbeiterblut ist viel zu kostbar, als daß es verschwendet wird um eitlem Gedanktum zu dienen. Arbeiterblut ist ein besonderer Stoff. Wenn es einst fließen muß, soll es göttlichen Idealen dienen. Idealen, die verwirklicht werden können. Arbeiterblut ist viel zu schade, als daß man es vermisch mit dem Blute gefangener Verbrecher.

Jetzt herrscht hier vorübergehend eine Einigkeit, die lobenswert ist. Jedem, der uns etwas vordredigen will, soll die richtige Antwort werden. Möge die ganze Arbeiterkraft sich endlich in jenen Idealen wiederfinden, die früher im Morgenrote ihrer Bewegungen und Kämpfe, erlösend leuchteten: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Möge sie sich zusammenfassen zu einer großen kompakten Masse: furchtbar durch ihre Zahl, bewundernswürdig durch ihre Moral.

tenwärtig oder frühere Dienstleistung oder Berufstätigkeit ge-
eährt werden.

Die badische Besoldungsreform beanstandet. Das vom Pa-
dischen Landtag im März geschaffene Besoldungsgesetz und Be-
soldungsordnung nebst den vom Finanzministerium herausge-
gebenen Erklärungen wurden vom Reichsfinanzminister auf-
Grund des Sperrgesetzes beanstandet. Es wird gegen verschie-
dene Bestimmungen des Gesetzes, der Besoldungsordnung und
der Erklärungen Einspruch erhoben werden. Wie der „Pa-
dische Beobachter“ hört, wird sich das badische Staatsministerium
mit der Weiterbehandlung der Angelegenheit befassen.

Zur Redaktionsänderung. Die Verhandlungen der Redak-
tionsänderung mit dem Reichsverkehrsministerium über die Redak-
tionsänderung haben, wie amtlich mitgeteilt wird, in allen wesent-
lichen Punkten zu einer Uebereinstimmung geführt. Die Ver-
handlungen wurden auf der Grundlage geführt, die vor kurzem
den Beteiligten badischen Interessenten in einer Besprechung im
Reichsverkehrsministerium bekannt gegeben wurde.

Die Wahlen zur Landwirtschaftskammer. Der Termin zur
Einreichung von Vorschlagslisten für die Wahlen zur badischen
Landwirtschaftskammer war am Samstag verstrichen. Da zwi-
schen den großen landwirtschaftlichen Organisationen, dem Bad.
Bauernverein, dem Bad. Genossenschaftsverband, dem Bad.
Landbunde und dem Landw. Vereine eine Vereinbarung über
eine gemeinsame Liste stattgefunden hatte, wurden bei jedem
der vier Landeskommissariate nur je eine Vorschlagsliste ein-
gereicht, jedoch die auf den Listen stehenden Vertreter als ge-
wählt zu gelten haben. Die Wähler der Arbeitnehmer zu der
Landwirtschaftskammer werden am 28. Mai vorgekommen werden.
Die erste Sitzung der neu gewählten Kammer, in der die
Konstituierung der Kammer vorgenommen werden wird, wird
voraussichtlich Mitte Juni stattfinden.

Nichtlinien für die Pachtungsordnung. Die bad. Land-
wirtschaftskammer hat mit Zustimmung der landwirtschaftlichen
Organisationen Richtlinien zur Durchführung der badischen
Pachtungsordnung aufgestellt. Die Richtlinien haben den Zweck,
die Pachtungsordnungen auf die vielen Momente aufmerksam
zu machen, die beachtet werden sollen, um den berechtigten In-
teressen des Pächters und des Verpächters gerecht zu werden.

Badischer Landtag.

gr. Karlsruhe, 11. Mai.

38. Öffentliche Sitzung.

Präsident Hoff eröffnet die Sitzung um 4.15 Uhr.

Auf eine kurze Anfrage teilt Regierungsrat Arnberg mit,
daß es nicht richtig sei, daß Rohabaf in größerer Menge einge-
führt werde. Nachdem der Tabak auf Wunsch der Interessent-
freigegeben wurde, kann man nunmehr nicht wieder zur
gegenwärtigen Preis übergehen.

Vorausgenehmigung verschiedener Positionen eines weiteren
Kreditgesetzes.

Die angeforderten 1800 000 M zur Fortführung der Bauten
an der medizinischen Klinik in Heidelberg, technischen Hochschule
in Karlsruhe und Realgymnasium in Ludw., sowie 3 000 000 M
zum Bau von Wohnungen in der Englerstraße in Karlsruhe
werden einstimmig genehmigt.

Hg. Dr. Uecker (Dem.) berichtet über den Antrag des
Staatsministeriums über die Inanspruchnahme des von der
Reichsregierung angebotenen Vorstufes von

52 Millionen Mark für die Gewährung von Baudarlehen
für 1921
und beantragt Genehmigung.

Hg. Beyer (Ztr.) kritisiert, daß bei den zu bauenden
Häusern Gärten angelegt werden. Der Häuserbau sollte nicht
von der Anlage von Gärten abhängig gemacht werden.

Arbeitsminister Engler weist darauf hin, daß sich die badi-
sche Regierung auf die Bestimmungen des Reiches halte, die sie
für richtig und sozial halte.

Hg. Gerke (Ztr.) meint, daß zwei Mittel für Wohnungs-
bauten an die großen Städte kommen.

Der Antrag über Inanspruchnahme des Vorstufes von 52
Millionen Mark Baudarlehen wird genehmigt.

Polizeienkfrage

Hg. Schneider-Heidelberg (Ztr.) berichtet über die bereits
bekanntgegebene Denkschrift des Ministeriums des Innern über
den Ausbau der Polizei und beantragt Zustimmung, sowie Vor-
ausgenehmigung des durch die Einrichtung einer Polizeischule
erwachsenen Aufwandes von 122 100 M als Teil des 3. Nach-
tragsetats.

Die Polizeienkfrage und die Mittel für die Polizeischule
werden genehmigt.

Verlängerung des Sperrgesetzes bis 15. Juni 1921.

Hg. Dr. Bernauer (Ztr.) berichtet über das Sperrgesetz
vom 15. April 1919, das am 22. Dezember 1920 bis 15. Mai
1921 verlängert wurde. Der Verfassungsausschuß will nun-
mehr in nächster Zeit dem Hause einen schriftlich ausgearbeiteten
e u e n G e s e t z e n t w u r f vorlegen. Da dies nicht bis zum
15. Mai 1921 geschehen kann, beantragt der Haushaltsausschuß
Verlängerung des Sperrgesetzes bis 15. Juni 1921.

Hg. Seubert (Ztr.) erklärt sich namens verschiedener seiner
Freunde gegen die Verlängerung des Sperrgesetzes.

Hg. Dr. Mayer-Karlsruhe (D.M.) wendet sich ebenfalls
gegen die Verlängerung des Sperrgesetzes, worin jedoch nach
seiner Erklärung keine Stellungnahme gegen das kommende
neue Gesetz liegt.

Die Verlängerung des Sperrgesetzes bis 15. Juni 1921
wird gegen insgesamt 6 Stimmen der Deutschnationalen und
des Zentrums angenommen.

Hg. Naufsch (Soz.) berichtet namens der Kommission über
den Antrag Dr. Schöfer und Gen. betr.

Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten

und beantragt namens des Ausschusses im Reichsrat mit aller
Entschiedenheit für die Annahme des Antrags des Bundes
für deutsche Familie und Volkstanz zum Gesekentwurf zur
Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in je mit einzutreten,
als er eine erneute Beratung des Gesekentwurfs unter Zug-
von Sachverständigen auch aus Süddeutschland verlangt.

Nach kurzen Bemerkungen des Hg. Dr. Mayer-Karlsruhe
(D.M.) wird der Antrag des Ausschusses angenommen.

Nächste Sitzung: Donnerstag nachmittag 3 Uhr. — Tages-
ordnung: Enteignungsgesetz, Anträge und Petitionen.

Schluß der Sitzung: 5.20 Uhr.

Bedeutungsvolle Feststellungen zum Grundstücks- sperrgesetz

II.

Aus dem Geschäftskreis des Ministeriums des Innern und
des Arbeitsministeriums liegen zahlreiche beachtliche Aus-
sagen vor. In der Auffassung der Landeskommissare herrscht
beim Abweichen im einzelnen Uebereinstimmung darüber, daß
eine Aufhebung des Gesetzes verfrüht wäre. Ein Landes-
kommissar meint: So sehr ich die Mängel des Sperrgesetzes
erkenne, so halte ich doch eine Aufhebung für gefährlich. Mit
dieser wird ein wilder Güterhandel und eine Grundstücks-
spekulationswut einsehen, die wahrscheinlich noch größere Schädigungen
zur Folge haben werden als die Nachteile.

Die Berichte der Bezirksämter sprechen sich mit wenig Aus-
nahmen dahin aus, daß eine im Interesse der Gemeinwirtschaft
erwünschte Beschränkung der Preisbildung stattgefunden hat,
daß der Ueberfremdung und Güter speculation entgegenge-
wirkt worden ist, ohne daß der Gütermarkt behindert wurde und
warren fast durchweg vor Aufhebung des Gesetzes. Ein Be-
zirksamt führt aus: „Die alsbald nach Inkrafttreten des Ge-
setzes erfolgende Verjagung der Genehmigung gegenüber Aus-
ländern wirkte derart abbrechend, daß später nur noch ver-
einzelt Ausländer darauf abhoben.“ Ein anderes Bezirksamt
erklärt: „Nach unserer Ansicht ist es durch das Gesetz gelungen,
die Preise nach der Richtung zu beeinflussen, daß eine Fest-
legung allzuhoher Verkaufspreise in Grund und Boden ver-
hindert worden ist. Von besonderer Bedeutung erwies sich das
Vorkaufsrecht der Gemeinden. Es wäre erwünscht, dieses Vor-
kaufsrecht der Gemeinden noch weiter auszugestalten.“ Ein
weiteres Bezirksamt äußert: „Das Gesetz hat sich in unserem
ein landwirtschaftlichen Bezirk nach unsern Erfahrungen und
auch nach Ansicht maßgebender und urteilsfähiger Persönlich-
keiten aus landwirtschaftlichen Kreisen durchaus bewährt.“

Der Verband mittlerer Städte Badens gab seiner Auf-
fassung dahin Ausdruck, daß das Gesetz im allgemeinen inso-
fern günstig gewirkt hat, als einer Ueberfremdung des Grund-
und Bodens vorgebeugt werden konnte und die Preise für
Grundstücke immerhin auf einem erträglichen Stand gehalten
werden.“ Der badische Städteverband erklärt, daß das Gesetz
in Kraft bleiben muß, aber mit wesentlichen Änderungen
und Verbesserungen.“ Der badische Gemeindeverband äußert:
„Bei der außerordentlichen Bedeutung, die aus verschiedenen
Gründen gerade den Häuser- und Güterpreisen zukommt, halten
wir den Fortbestand und den Ausbau des Gesetzes im Interesse
der Allgemeinheit gelegen.“ Während die landwirtschaftlichen
Korporationen zumeist keine Freunde des Gesetzes sind, halten
die Handelskammern eine Aufhebung des Gesetzes für verfrüht.

Der Ortsausschuß Karlsruhe des Allgemeinen Deutschen
Gewerkschaftsbundes ist der Ansicht, daß das Gesetz wohlthätige
Wirkungen ausgeübt hat und beantragt „Verlängerung des
Sperrgesetzes auf unbegrenzte Dauer, bis eine Gesundung der
Wohnungsfrage durch Neubauten sowie eine reichsweite
Regelung der Mietspiegelung eingetreten ist.“ Die Meinung
des Bezirksausschusses Karlsruhe des Deutschen Bauarbeiter-
verbandes geht einstuimmig dahin: „Die Grundstücks-
nahmen sind ausdrücklich zu erhalten, zu verlängern und wenn
möglich zu verschärfen.“

Wes in allem ergibt sich aus diesen Erörterungen die Not-
wendigkeit der Verlängerung des Sperrgesetzes und die Vor-
bereitung zu einem dauernden unbefristeten Sperrgesetz unter
Ausnutzung der vorhandenen Mängel.

Gemeindepolitik

Der bayerische Städtebund und die Reichseinkommensteuer
Ludwigshafen, 7. Mai. Der bayerische Städtebund, der alle
Städte des rechts- und linksrheinischen Bayerns umfaßt, ist
gestern mittag hier zusammengetreten. Die Verhandlungen
waren nicht öffentlich. Bemerkenswert ist die Stellungnahme
zur Novelle zum Reichseinkommensteuergesetz. In einer Ent-
scheidung, die nach einem eingehenden Referat vom Syndikus
Bürgermeister a. D. Anor einstimmig angenommen wurde,
heißt es u. a.: Die Gemeinden sind unmittelbar vor eine Kata-
strophe gebracht worden. Die Novelle hat mit großer Deutlich-
keit die Gefahren gezeigt, die auf der absoluten Abhängigkeit
der Gemeindefinanzen von der Reichseinkommensteuer und der
Reichsfinanzverwaltung drohen. Der Städtebund erhebt des-
halb die Forderung auf rasche und gründliche Beseitigung der
Quotenanteile der Länder und Gemeinden an den Reichs-
einkommen und die Wiedereinführung der Aufschlagautonomie auf
sämtlichen Gebieten der direkten Besteuerung. Ferner wird
beantragt, im Reichstag und Landtag je einen interfraktionellen
Ausschuß für kommunale Angelegenheiten zu bilden, die mit den
Vertretern der Gemeindeverbände in allen das gemeindliche
Leben berührenden Fragen der Gesetzgebung und Verwaltung
Führung zu nehmen hat.

D. J. Mannheim, 4. Mai. Nach den Mannheimer Indez-
ziffern hat sich der durchschnittliche Preisstand gegen den
1. April kaum geändert. Das Preisniveau ist immer noch
12,5 mal so hoch als vor dem Kriege. Während die Gruppen-
indizes für Nahrung und Bekleidung eine allerdings recht ge-
ringfügige rückläufige Preisbewegung aufweisen, ist die Indez-
ziffer für die Gruppe Heizung und Beleuchtung von neuem
gestiegen, so daß sie nunmehr eine noch nie dagewesene Höhe
erreicht hat. Ebenso zeigen die Mietpreise eine steigende
Tendenz.

I. Unterwiesheim, 2. Mai. Freitag, 29. April, fand eine
Bürgerausschußsitzung statt. Auf der Tagesordnung standen
5 Punkte. 1. Der Beitrag für die Handwerkerkammer soll vom
Jahre 1921 an von den Mitgliedern bezahlt werden. 2. Der
Beitrag für die Landwirtschaftskammer soll vom Jahre 1921
ebenfalls von den Mitgliedern bezahlt werden. 3. Erhöhung
der Lustbarkeitssteuer vom 1. Juni ab. 4. Genehmi-
gung der Erklärung betr. Staatszuschuß zum Siedlungsbau.
5. Verschiedenes. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden
von unserer Seite zwei schriftliche Anträge eingebracht mit dem
Erfuchen, sie, wenn möglich, noch auf die Tagesordnung zu neh-
men. Der Vorsitzende erklärte jedoch, dies wäre unmöglich.
Die Angelegenheit kommt somit auf die nächste Tagesordnung.
Der erste Antrag betrifft die Anstellung eines Schularztes.
Der zweite die der Vermögensfreiheit in der hiesigen Volksschule.
Es wird wohl die Besprechung der Anträge eine harte Auf-
gabe sein, die für verschiedene Herrschaften geben, denn es
wurde gleich mit Redensarten abgewunken wie: Wir haben
doch kein Geld, Ihr habt ja abgelehnt, wo man hätte holen
können, nämlich die Mindesteinkommensteuer der Arbeit-
er und Beamten usw. Die Herren werden aber die Antwort

nicht geschenkt bekommen. Die Punkte 1 und 2 wurden gegen
die sozialistischen Stimmen abgelehnt. Es ist also dennoch Geld
in der Kasse! Die Lustbarkeitssteuer wurde auf 100 M fest-
gelegt; unsere Fraktion erklärte sich für die Vorlage, jedoch
sollte jeder Verein einmal im Jahr eine Veranstaltung frei
haben. Der Antrag wurde gegen unsere Stimmen abgelehnt.
Vorlage 4 wurde einstimmig angenommen. Bei Punkt 5
verschiedenes wurden verschiedene Anfragen gestellt, die kurz be-
antwortet wurden.

Gernsbach. (Gemeinderat.) Den Brandgeschädigten in Gern-
sbach wird eine Gabe von 300 M überwiesen. — Zwei Miet-
verträge werden genehmigt, davon einer unter der Be-
dingung, daß die Miete auf einen angemessenen Betrag er-
mäßigt wird. — Die Instandsetzungsarbeiten der Außenseite
des zukünftigen Finanzamts werden an hiesige Unternehmer,
die die vorteilhaftesten Angebote eingereicht haben, vergeben. —
Der Verpachtung eines Geländestücks aus der Hand wird
unter gewissen Bedingungen zugestimmt. Die Genehmigung
des Bürgerausschusses zu der Handverpachtung wird gelegent-
lich in einer Sammelvorlage eingeholt. — Die Rechte der
Wohnungskommission werden insofern erweitert, als
der Gemeinderat sich nur noch ein allgemeines Verfügungsrecht
vorbehält. — Die Errichtung eines Gruppenhauses für sechs
Familien auf dem Kelterplatz wird unter der Voraussetzung
beschlossen, daß ein entsprechender Zuschuß aus Reichs- und
Staatsmitteln gewährt wird. Ehe dessen Höhe nicht bekannt
ist, soll die entsprechende Vorlage an den Bürgerausschuß nicht
gemacht werden. — Die bisherige Unterstützung der Witwe des
Kaisersoldaten Vetterdorf soll in einem beamteten Unterstützungs-
bezug umgewandelt werden. — Wegen der Bekämpfung der
Geschlechtskrankheiten werden weitere Maßnahmen nicht für
erforderlich erachtet. — Von der Ausübung des Vorkaufsrechts
sein Grundstückskauf Oah-Schneider wird abgesehen. — Die
Lustbarkeitssteuer für eine Veranstaltung der sozialdemokrati-
schen Partei wird festgesetzt. — Bei der zu Beginn der Ge-
meinderatsitzung stattgefundenen Armenratsitzung wurde das
nachgeforderte jährliche Pflegegeld von 500 M für einen
Pflegling, der auf dem Schafberg in Baden untergebracht ist,
fortbewilligt. Ferner der Anschaffung verschiedener Beklei-
dungsstücke für den Zwangszögling Theodor Schüle zugestimmt,
sowie Kenntnis genommen von den Anträgen zweier bisher
Unterstützten auf Einstellung der ihnen gewährten Unter-
stützungsbeträge. — Für einen im Asyl Bethesda untergebrach-
ten Pflegling wird ein tägliches Pflegegeld von 3 M gewährt.

1. Reichenbach, 8. Mai. Letzten Samstag ließ unser Bür-
germeister die Bauwilligen in der Gemeinde, d. h. solche, die
irgendwann und irgendwo sich einmal geäußert haben, sie wol-
len bauen, auf das Rathaus kommen, um ihnen bekannt zu
geben, daß auf die Gemeinde Reichenbach 30 000 M Baukosten-
zuschuß entfallen würden. Diese Mitteilung sollte wohl ein
Anreiz sein, um die Versammelten zu veranlassen, nun mit
ihren Bauten zu beginnen. Allein, dieser Betrag ist nur ein
Tropfen auf einen heißen Stein; die Bauwilligen können da-
mit nicht viel anfangen, wenn nicht der Betrag erhöht wird
und auch die Gemeinde einen Zuschuß leistet. Aber hier
liegt eben das Hindernis: der Herr Bürgermeister winkte deut-
lich ab: „Die Gemeinde gibt nichts!“ wird kategorisch erklärt.
Da hätte sich der Herr Bürgermeister die Einladung sparen kön-
nen. Es muß aber festgelegt werden, daß unsere Gemein-
deverwaltung derart geringes soziales Verständnis aufbringt, daß
sie lieber die Wohnungsnot noch sich steigern läßt, als daß sie
ebenfalls ihr Möglichstes tut, um sie zu lindern. Wie gleich-
gültig die „maßgebenden“ Stellen dieser wichtigen Frage gegen-
überstehen, ist daraus zu ersehen, daß hier ein Kriegsbeschädigter
schon zwei volle Jahre mit seinem Bauvorhaben zu kämpfen
hat und bis heute noch zu keinem Resultat gekommen ist, ob-
wohl ihm schon im Jahre 1919 ein Staatszuschuß bewilligt
wurde. Die Gemeinde aber verhält sich ablehnend! Im April
hat sich der Mann erneut um ein Baudarlehen bemüht, der
Staat und das Reich bewilligten abermals, aber die Gemeinde
machte wiederum Schwierigkeiten. Seit 1919 lagert das Bau-
material, am 1. Juli 1920 sollte der Bau beendet sein. Wenn
dies nicht möglich war, so trifft die Schuld einzig und allein
unsere Ortsverwaltung. Ein derartiges Verhalten ist einfach
ein Sandhaufen und wir fordern die Aufsichtsbehörde auf, hier ein-
zugreifen und der Gemeindeverwaltung mit ihrem Bürger-
meister klar zu machen, daß sie auch auf dem Gebiete des Woh-
nungsbaus Pflichten hat.

* Todtau, 9. Mai. Der Bürgerausschuß beschloß die Ein-
führung einer Lustbarkeitssteuer, ferner einer Fremdensteuer.
Pro Tag soll von jedem Kurgast oder Reisenden eine Gebühr
von 3 M erhoben werden.

Borsheim, 10. Mai. Der Bürgerausschuß genehmigte die
Errichtung eines Freischwimmbades beim Wendischer Wehr
in Verbindung mit einem Licht- und Luftbad bei einem Kosten-
aufwand von 286 000 M. Ferner stimmte der Bürgerausschuß
der Erhöhung des Straßenbahnfahrpreises von 50 auf 60 S zu.

Aus dem Lande

Durmersheim, 10. Mai. Am vergangenen Sonntag
feierte die landwirtschaftliche Ein- und Verkaufsgenossenschaft
Durmersheim ihr 50jähriges Jubiläum.

* Reichenbach (Amt Ludw.), 9. Mai. In der Nähe des
„Schwanen“ mußte am Samstag vormittag der Zug der Lah-
rer Eisenbahn, der gerade die Station verlassen hatte, und sich
in ziemlich rascher Fahrt befand, plötzlich Halt machen. Mitteln
auf dem Gleis, nur wenige Meter vor der Maschine entsetzt,
stand ein kaum zweijähriges Kind mit der Lupe im Arm und
schaute sich das fahrende Ungetüm in aller Ruhe an. Der Um-
sicht des Lokomotivführers war es zu verdanken, daß das kleine
Menschenkind ohne Schaden davontam.

D. J. Tengen, 9. Mai. Gestern morgen ist die Werkstätte
und das Magazin von D. G a b r i e l bis zum 2. Stadtwert aus-
gebrannt. Das Feuer, das auf Kurzschluß zurückzuführen sein
dürfte, richtete großen Schaden an.

* Wangen (Kreis Konstanz), 10. Mai. In Wangen begaben
sich Samstag nachmittag der 17jährige Tagelöhner Guard
K n o b e l und der 18jährige Fabrikarbeiter Josef K o b a c nach
dem nahen Schwarzensee und benutzten den am Ufer zum Trän-
ken ausgelegten schattigen Kahn eines Fischereiberichteten.
Der Kahn scheint durch den Wind weit in den See hineingetrie-
ben worden zu sein und sich rasch mit Wasser gefüllt zu haben,
so daß die beide Insassen mit untergingen und ertranken. Die
Leiche des Knobel wurde geborgen, die des Kobac muß noch
gesucht werden.

D. J. Badenweiler, 7. Mai. Die Ortskrankenkasse Weinheim
hat die bisherige Kurpension Lindenbergs als Erholungsheim
für 215 000 M einschließlich Inventar erworben.

Hausfrauen, verlangt nur

Dr. Deffer's Backpulver

Das altbewährte



Einwohnerstatistik. Die Zahl der Einwohner betrug am 11. Dezember 1920 in Karlsruhe 138 170 gegen 142 942 im Dezember 1918. Die Zahl der Geburten stellte sich im Jahre 1920 auf 2155 gegen 1050 im Jahre 1918, also über das Doppelte. Die Zahl der Geburten betrug im Jahre 1920 3433 (1918: 2945), davon Lebendgeborene 3371, darunter männliche 1685, weibliche 1676. Gestorben sind im Jahre 1920 1984 (1918: 1877), darunter unter einem Jahr 349. Unter den Todesursachen sind hervorzuheben: Altersschwäche 185, Tuberkulose der Lunge 243, Lungenerkrankung 136, Infuenza und Grippe 84, Gehirnschlag 103, Herzschlag 69, Magen- und Darmkatarrh 64, Krebs 154, Selbstmord 24, Morb, Tothschlag und Hinrichtung 3, Berührung 59. Das letzte Vierteljahr 1920 hat im Gegensatz zu den ersten drei der Stadt Karlsruhe einen Bevölkerungsgewinn gebracht, die Einwohnerzahl ist um 1940 Personen gestiegen.

Kriegsgefangenen-Heimkehr. Von Mannheim kommend, rufen 6 Voignon-Heimkehrer am Hauptbahnhof Karlsruhe ein. Generalarzt Dr. Mantel entbot mit warmen, zu Herzen gehenden Worten den Ankommenden die Willkommenströme der Heimat und der Stadt Karlsruhe. Dann ging es zu den Quartieren in der Dragonerleierne. Unter Jubelruf des Sonntagsgangs gelang es, die Heimkehrer in die engere Heimat, nach der sich alle herzlich sehnten, schon anderntags zu ermöglichen. Das Nachsehen der aus langer Strafkraft Kommenden war zufriedenstellend, was nur den aus der Heimat dem Lager Voignon zurückgebliebenen Viehbesitzern zu danken ist. Die nächsten Transporte treffen voraussichtlich am 19. und 25. Mai hier ein. Wer über Angehörige im Lager Voignon Erkundigungen einziehen will, wird gebeten, sich am 20. bezw. 30. Mai im südlichen Mannschafsbau der Dragonerleierne, 8. Stock, einzufinden.

Landestheater. Der Spielplan der Pfingstfeiertage umfasst eine Aufführung von Thomas O'Keefe „Mignon“ mit Gede Schlegel in der Titelpartie und Helmut Neugebauer als Wilhelm Meister am Sonntag, 15. Mai. Für Pfingstmontag ist eine Wiederholung von Wagners „Meistersinger von Nürnberg“ festgesetzt. — Im Konzerthaus werden am Pfingstsonntag Büchners „Der Schwan“ und „Der neue Papa“, der sich eines steigenden Interesses erfreut und am Pfingstmontag das sich dauernd beliebt erhaltende Lustspiel „Die Welt von der Pfalz“ aufgeführt. — Die Erstaufführung der neuen Oper „Die tote Stadt“ von Erich Wolfgang Korngold ist für Mittwoch, 18. Mai, geplant.

Landestheater. In der heute Donnerstag, den 12. stattfindenden Wiederholung von Hebbels „Judith“ wird Herr Baumhach wiederum den Holofernes spielen. — Frau Lange-Wake wird am Freitag, den 13. die Titelpartie in Lorhings „Aubine“ singen, da Frä. Stecher infolge plötzlicher Erkrankung der Hermea in „Walpurgisnacht“ zu sehr in Anspruch genommen ist.

Generalversammlung des Sozialdem. Vereins Karlsruhe

Einen recht guten Besuch wies die gestrige Generalversammlung des Sozialdem. Vereins im „Elefanten“ auf, die auch eigen anregenden und guten Verlauf nahm.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erzie die Versammlung die vorhergehenden Genossen Neumann und Diele.

Den Geschäftsbericht erstattete der 1. Vorsitzende Gen. Schwerdt. Er bezeugte das verfloßene Geschäftsjahr, als ein arbeitsreiches. Das Leben des Vereins widerspiegelt sich am besten in den Veranstaltungen desselben. Es fanden im letzten Jahr statt: 14 Hauptversammlungen, 2 öffentliche Versammlungen, zusammen also 16 große Versammlungen, die alle bis auf zwei einen vorzüglichen Besuch aufwiesen. Dazu kamen noch 7 Vertrauensmännerversammlungen, eine Anzahl Bezirksversammlungen der Bezirke und 15 Vorstandssitzungen. Redner streifte noch kurz die Frauen- und Jugendorganisation, sowie die Arbeitsgruppe der Geistesarbeiter. Vor allem gelte es, die finanzielle Lage der Partei noch mehr zu stärken, um den im Herbst stattfindenden Landtagswahlkampf, der ein sehr harter werden wird, gut bestehen zu können. Jedoch Geld allein tut es auch nicht, wenn nicht die Aufführung ebenfalls stattfindet. Es muß deshalb für einen Sozialdemokraten eine Selbstverständlichkeit sein, den „Volksgesundheits“ zu abonnieren. Allen Genossen und Genossinnen, die der Partei ihre Dienste leisteten, sei herzlichster Dank ausgesprochen.

Dem mit allgemeinem Beifall aufgenommenen Bericht des Gen. Schwerdt folgte der Aussenbericht von Gen. Lang. Derselbe weist ein erfreuliches Bild auf. Der Marxismus ist gewaltig gestiegen, Neofaschisten sind keine vorhanden. Der Widerstand hat sich bedeutend gehoben und hat bereits das dritte Tausend erreicht. Eine erfreuliche Erscheinung ist der kaum nennenswerte Wiederanstieg. Besonderen Dank gebührt den Einfassern für ihre arbeitsreiche Tätigkeit. — Gen. Krebs tonisierte, daß die stattgefundenen Resolutionen pünktlichste Rassenführung ergeben haben.

Genossin Müller gab hierauf den Bericht der Frauenfektion. Dieselbe hat in 10 Versammlungen verschiedene Frauenfragen behandelt. Segensreiche Arbeit leistete besonders die Kinderchulskommission mit den Ferienpausiergängen, wo Tausende Arbeiterkinder während den Ferien in den Wald geführt wurden, und dort Erholung und Freude fanden. Allen Spendern für die Kinderchulskommission gebühre Dank, besonders aber der Bauarbeitergenossenschaft „Selbsthilfe“, die 2000 M. gespendet habe. Berechtigte Klage sei zu führen über die Ungleichgültigkeit vieler Genossen gegenüber der Frauenbewegung. Bei diesen Genossen herrsche noch zu viel Bourgeoisie. Pflicht eines jeden Genossen müsse es sein, seine Frau der Partei zuzuführen und dafür zu sorgen, daß die „Gleichheit“ in jedes Arbeiterhaus kommt.

Den Bericht der Geistesarbeitergruppe gab Gen. Beck. Derselbe habe 23 Versammlungen abgehalten. Wenn auch die Bewegung nicht den erhofften Erfolg gebracht habe, so liege dies daran, daß viele Beamte von der Sozialdemokratie eine so reiche Unterstützung in jeder Beziehung erhoffen, welche dieselbe mit bestem Willen nicht erfüllen konnte. Das Ziel der sog. Geistesarbeiter sei ein Handinhandarbeiten mit den Handarbeitern zum Wohle des Sozialismus.

Ueber die Tätigkeit des Bildungsausschusses gab Gen. Winter einen ausführlichen Bericht. Er zeigt, daß u. a. 10 Veranstaltungen künstlerischer und bildnerischer Art, sowie zwei Lehrkurse stattfanden. Der Berichterstatter klugte darüber, daß die Veranstaltungen gerade von denjenigen nicht besucht wurden, für die sie eigentlich getroffen wurden, nämlich von den Arbeitern im allgemeinen und speziell unserer Genossen. Viel Schuld daran seien die vielen Veranstaltungen einzelner Arbeiterorganisationen. — Anschließend daran erstattete Gen. Winter den Bericht über die Jugendbewegung. Der Stand derselben ist absonderlich nicht zufriedenstellend, trotzdem die Zeitung sich alle Mühe gibt, nur Gutes zu bieten. Es fanden statt: 33 Vorträge, 6 Hochschülerkurse, 31 Wanderungen, 3 große Veranstaltungen u. s. w. Ein großer Mangel besteht darin, daß es an einem Jugendheim, Aufgabe der Genossen muß es sein, ihre Kinder der Jugendbewegung zuzuführen, denn so wenig ein überzeugter Sozialdemokrat seine Kinder in bürgerliche Sportvereine schicken kann, noch viel weniger sei es angehängt, daß die Kinder in einem bürgerlichen Jugendverein Mitglied sein können.

Ueber die Buchhandlung erstattete Gen. Dörflinger Bericht. Seine Ausführungen bewiesen, daß die Buchhandlung auf gutem Fuß steht. Eine noch bessere Ausgestaltung ist möglich, wenn alle Genossen auch der Buchhandlung gegenüber ihre Pflicht erfüllen.

Als letzter Berichterstatter gab Gen. Kiefer ein Bild über die Frequenz der Parteibibliothek. Sehr erfreulich sei die große Zunahme der Bibliothek-Benützer, die beträgt 100 Prozent gegenüber dem Vorjahre. Notwendig ist die Beschaffung neuer Bücher.

An die Berichte schloß sich eine längere sachliche Diskussion an, in der allgemein der Tätigkeit des Vorstandes Anerkennung gesollt und der Dank dafür ausgesprochen wurde. Die Aussprache befahte sich nicht nur mit dem Geschäftsbericht, sondern auch mit der derzeitigen politischen Lage, besonders mit dem Eintritt unserer Genossen in die Reichsregierung, was gutgeheißen wurde. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die heutige gut besuchte Generalversammlung des Sozialdem. Vereins erklärt sich unter den gegebenen Umständen damit einverstanden, daß unsere Partei sich an der Reichsregierung beteiligt und hoffentlich durchsetzt, daß die kommenden großen Wahlen nicht von den schwachen Schultern getragen werden müssen, sondern von denen, die dazu in der Lage sind.“

Ein weiterer Antrag, das Rauchen in den Versammlungen zu unterlassen und dieselben möglichst ohne Restauration stattfinden zu lassen, fand eine große Mehrheit. — Dem Raucher wurde einstimmige Entlassung erteilt.

Eine rasche Erlebigung fanden die Rewahlen, indem der alte Vorstand per Affirmation einstimmig wiedergewählt wurde.

Hiermit war die Tagesordnung erschöpft und Gen. Schwerdt schloß die Versammlung mit der Aufforderung an die Genossen und Genossinnen, auch im neuen Geschäftsjahr ihre Pflicht zu erfüllen.

Soziale Rundschau

Einspruch der Berufsmusiker

Der Musikerverband schied in dieser Angelegenheit nochmals eine Zuschrift, in der es heißt: Die Entgegnung auf die Entschuldig unserer Bezirkskonferenz verneint ganz, auf den eigentlichen Kern derselben einzugehen. Der ist: Die Regelung der Arbeitsverhältnisse im Musikberuf hat durch den Ausbau der Arbeitsnachweise zu geschehen und ist Aufgabe der Musikerorganisation.

Die Musikerfacharbeitsnachweise sollen also wie die der anderen Berufe alle Arbeitsmöglichkeiten erfassen und vermitteln. Das war in Karlsruhe bislang nicht möglich, weil sich hier wohl die Berufsmusiker und auch Nebenberufsmusiker desselben bedienen, nicht aber die nebenberuflich gewerblich musizierenden Beamten. Bis auf einige weigerten diese sich, den vor einem Jahr dem hiesigen Städt. Arbeitsamt angegliederten Musikerfachnachweis als allein zuständige Vermittlungsstelle anzuerkennen. Derselbe dürfte bei Erfassung aller hiesigen Musikgeschäfte zweifelsohne den Beweis erbringen, daß in Karlsruhe, wo früher vier Militärkapellen mit über hundert Musikern reichliche Beschäftigung fanden, eine Kapelle von Berufsmusikern lebensfähig ist. Die Bildung einer solchen Kapelle soll anscheinend mit allen Mitteln verhindert werden, anders kann das völlige Außerachtlassen des hiesigen Musikerfachnachweises seitens der Beamtenmusik wohl kaum gebietet werden.

Ob nun die Karlsruher freistehenden Musiker völlig erwerbslos sind oder nicht, ist dabei unwesentlich. Tatsache ist jedenfalls, daß ihnen durch die erdrückende Konkurrenz von etwa sechzig hiesigen nebenberuflich gewerblich musizierenden Beamten (meist in etatsmäßigen Stellungen) das Leben derzeit erschwert wird, sobald man von einer wirklichen Notlage der Berufsmusiker überzeugt sein darf. Ist es daher verwunderlich, wenn gegen solche Konkurrenz eine immer mehr sich steigende Erbitterung besteht? Ist es nicht etwas ganz Selbstverständliches, wenn der Deutsche Musikerverband eine gründliche Regelung der Arbeitsverhältnisse im Musikberuf durch die zuständigen Arbeitsämter fordert? Hierdurch allein können die freistehenden Musiker vor äußerster Not geschützt werden. Wenn die Entgegnung sagt, daß gute Musiker hier leicht und genügend Beschäftigung finden, so trifft das nur für solche Berufsmusiker zu, die in ihrer Not sich den Beamten anschließen müßten. Sie wurden meist aber nur als Notlage benutzt. Könnte ihre Stimme durch einen Beamten befehrt werden, müßten sie fast immer zurückweichen. Waren sie aber den Beamten nicht mehr willfährig, wurden sie überhaupt kaum noch beschäftigt. Hierfür sind genügend Beweise vorhanden.

Wer einen Einblick hat, wie kümmerlich und mit welchen oft niederen Arbeiten und Nebenverdiensten hier manch freistehender Musiker sich durchschlägen muß, kann erst richtig erkennen, wie drückend die Konkurrenz der Beamten ist und wie sehr die Karlsruher Verhältnisse nach der vom Deutschen Musikerverband geforderten Regelung scheitern.

Die Lage des Arbeitsmarkts in Baden

Die ungünstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hat angehalten. Abwärtstendenzen und Mangel an Aufträgen machen sich namentlich in der Metall-, und Maschinenindustrie fühlbar. Da eine geringe Zahl von Arbeitern vorübergehend Beschäftigung als Tagelöhner fand und Erwerbslose unter die Notstandsarbeiter aufgenommen wurden, so hat sich die Erwerbsloseniffer schwach vermindert. Erwerbslosenunterstützungen wurden in Höhe von 333 301 M. ausbezahlt. Dazu kommen noch Kurzarbeiterzulagen in Höhe von 88 617 M. In den einzelnen Berufen haben sich die Verhältnisse nicht viel geändert.

— **Beamtenopfertag.** Auf den heutigen Donnerstag den 12. Mai, wird die gesamte Reichs-, Staats- und Gemeindebeamtenchaft, sowie die Lehrerschaft zu einem Opfertag für Beamtenüberfürsorge- und Beamtenerholungsheime aufgerufen.

Zurückbar sind die Wirkungen des ungeliebten Krieges in den Reihen der Beamtenkinder. Malaria, Futurkälte und Tuberkulose haben in erschreckendem Maße zugenommen. Rettung tut hier dringend not. Spenden, die nicht an örtliche Sammelstellen abgeführt werden können, wollen auf das Postkonto des Badischen Beamtenbundes Karlsruhe, Nr. 13 018 mit dem Vermerk „Opfertag“ einbezahlt werden.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Geburten. Paul Jacobs von Badesmühle, Kaufm. in Gärtnich, mit Elise Waber von hier. Otto Zell von hier, Lehrer hier, mit Helene Grimm von hier. Emil Kraebel von Wörth, Hauptlehrer in Baden, mit Emma Gall von hier. Emil Reich von hier, Buchhalter hier, mit Emilie Kölliker von hier. Josef Deizmann von Leipferdingen, Kaufmann hier, mit Maria Meerisch von Grefeld. Martin Waber von Frankfurt, Kaufm. hier, mit Elisabeth Wolf von hier. Armin Nagel von Rottach, Lehramtspraktikant in Ettlingen, mit Maria Waber von hier. Gustav Scheidweiler von hier, Monteur hier, mit Josephina Marzlin von Marlen. Friedrich Vint von hier, Kellner hier, mit Rosalia Willmann von Göttingen. Georg Lupberger von Windenreute, Malch-Jng. hier, mit Luise Heß von Godelsheim.

Todesfälle. Ida, alt 15 Jahre, Vater Ludwig Wumenking, Schneidemtr. Anna Dirl, alt 78 Jahre, Witwe des Reichenden Herrn Dirl. Eduard Lepzig, Schlosser, Chem. alt 48 Jahre.

Pfingst-Angebot
in billigen

Schuhwaren

Kinder-Schnürstiefel 42⁵⁰ 54⁵⁰ 59⁵⁰
Braune Box-Schnürstiefel 105⁰⁰ 115⁰⁰
Damen-Schnür-Halbschuhe 58⁵⁰

Grosse Auswahl in braunen Herren-, Damen- und Kinder-Stiefeln und Halbschuhen

Schuhhaus 4233
R. Danger Kaiserstr. 161 Ecke Ritterstr.

Stadtgarten-Brunnenkuren
Von Pfingstmontag, den 15. d. Mts. an, werden am südlichen Stadtgarten ein Gang gegenüber d. Hauptbahnhof, täglich in der Zeit von morgens 7-9 Uhr und nachmittags von 1-7 Uhr alle gewünschten Heilwasser sowie unbergorene Fruchtsäfte zum Ausschank selbstgehalten. Heilbrunnen in Brunnenente mperaturen werden wie früher nur in der Zeit von 7-9 Uhr vorm. ausgeföhrt.

Karlsruhe, 9. Mai 1921
Die Stadtgarten-Kommission.

Bad. Landestheater
Donnerstag den 12. Mai 6 1/2 - geg. 10. Mk. 12.—
Judith. 1142

Stadt. Freibank.
Heilschabgabe 2141
Freitag 9-11 Uhr
Nr. 851-1000.

Kinderwagen und Kinderbettstühle
gut erhalten, zu verkaufen
Bittoriastr. 7, Stb. 3. St.

Sußballstiefel
Größe 42, noch gut erhalt., billig zu verkaufen.
Zeilstr. 45, Stb. 2. St.

Der Seifengehalt von

Flammer seifenpulver

ist um **50%** erhöht worden



ÜBERZEUGEN SIE SICH VON DER GÜTE DURCH EINEN VERSUCH • Preis 1M.85 für ein Paket • KRAEMER-FLAMMER-HEILBRONNEN •

Volks-Buchhandlung

der Sozialdemokratischen Partei befindet sich
Adlerstrasse 16 **Karlsruhe** Telephon 3701

Bruchpreis
 Frisch eingetroffen einige Waggon
 Bruchpreis 2.-
 Bruchpreis groß 2.25
 Vollpreis gut fehend 2.50
 und 3.-
 Valencia-Safelreis 4.-
 Pfannkuch & Co.

Kragen
 -Wäscherei Schorpp
 liefert schnellstens
 Annahmestellen:
 Karlsruhe: Bernhardstraße 8, Kaiserstr. 34 u. 243, Gerwigstraße 46, Amalienstraße 15, Waldstraße 64, Wilhelmstraße 32, Augustastr. 13, Schillerstraße 18, Kaiserallee 37, Gabelsbergerstr. 1, Rheinstraße 18, Durlach: Hauptstraße 15.

Gemüse-Konserven
 Erbisen 1/2 Dose von 7.75 an
 Schnitt- und Brechbohnen 1/2 Dose von 6.75 an
 Tomaten-Purree Dose von 2.50, 3.75 an
 Pfirsiche
 Zwetschgen
 Mirabellen
 Birnen
 Helvetia-Confituren

Am Pfingstamstag, den 14. Mai 1921
 bleiben unsere sämtlichen Geschäftsräume geschlossen.
 Badische Bank, Veit L. Homburger, Mitteldeutsche Creditbank, Filiale Karlsruhe, Rheinische Creditbank Filiale Karlsruhe, Straus & Co., Süddeutsche Disconto-Gesellschaft, Vereinsbank Karlsruhe E. G. m. b. H.

Gesangverein Badenia Karlsruhe
 Eingetragter Verein
 Goldenes Jubiläum :: Pfingsten 1921 ::
 Samstag, 14. Mai, abends 8 Uhr, in der Städt. Festhalle

Großes Fest-Konzert
 unter gefl. Mitwirkung von Frl. Hildgard Baumann vom Opernhaus in Köln, Herrn Hermann Weil, Kammer-sänger von der Staatsoper in Wien und des vollst. Orchesters vom Landestheater Karlsruhe.
 2. Teil des Programms: „Frithjofsage“ v. H. Bruch. Musikal. Leitung: Ludwig Baumann.
 Preise der Plätze für Nichtmitglieder: 6, 5 und 4 Mark einschl. Steuer und Einlassgebühr.
 Nach dem Konzert **Ball** Balkarten 10 Mark.
 Am Sonntag, den 15. Mai, nachmittags 1/4 Uhr, im großen Saale der Festhalle
Festakt
 unter gefl. Mitwirkung des Herrn Opernsängers Eugen Kalnbach und des Deutsche Männergesangsvereins Zürich
 Preise für Nichtmitglieder: 4, 3 und 2 Mark einschl. Steuer und Einlassgebühr. 4.150
 Karten sind zu haben vom Dienstag, den 10. ab, in den Musikalienhandlungen Müller, Kaiserstrasse Nr. 124 a und Tafel, Kaiserstrasse Nr. 82 a und Schreibwarenbdg. Eiseler, Werderpl. 41

Verlobungs-Ringe Geschenkartikel
 in Gold und Silber
 Vereinspreise jeder Art empfiehlt
Christ. Fränkle, Goldschmied
 Karlsruhe, Kaiser-Wilhelm-Passage 7.

Pfingsten im Stadtgarten!
 Pfingst-Sonntag, den 15., und Pfingst-Montag, den 16. Mai, jeweils nachmittags von 3 1/2 bis 6 1/2 und abends von 7 1/2 bis 10 Uhr
FEST-KONZERTE
 (Kapelle des Musikvereins Harmonie)
 Mitwirkende:
 Am 15. abends **Gesangverein Badenia Karlsruhe** und **Deutscher Männergesangsverein Zürich**, am 15. und 16. nachmittags **Instrumental-Solisten**.
 Am 16. abends bei Einbruch der Dunkelheit:
Grosses Brillant-Feuerwerk Bengalische Beleuchtung der Anlagen ausgeführt vom Feuerwerkstechniker W. Fischer aus Cleebronn.
 Pfingstmontag vormittags 1/12 bis 1/1 Uhr **Frei-Konzert** (Schülerkapelle).
 Für die Nachmittags- und Abend-Konzerte an beiden Tagen wird nur ein einmaliges Eintrittsgeld erhoben und zwar: für Inhaber von Jahreskarten 1.20 Mk., für sonstige Personen 2.20 Mk., für Kinder je die Hälfte.
 An beiden Tagen werden ausser dem südlichen und nördlichen Stadtgarteneingang auch die Eingänge auf der Ostseite der Festhalle und an der Ettlinger Strasse geöffnet und mit Kassen besetzt werden.
Vorverkauf von Eintrittskarten an den Schalterkassen des Stadtgartens und beim Verkehrsverein.
 Bei schlechtem Wetter fallen sämtliche Konzerte und das Feuerwerk aus, ausgenommen das Nachmittags-Konzert am Pfingst-Montag, das dann in der Festhalle stattfindet. Dafür wird am Pfingst-Dienstag abend Konzert im Stadtgarten — bei schlechtem Wetter in der Festhalle — veranstaltet, gleichzeitig das Feuerwerk auf dem Stadtgartensee. In letzterem Falle werden die Konzertbesucher durch ein Trompetensignal nach dem Garten zum Feuerwerk geleitet.

Mähdreschinen erhalten Personen jeden Standes auf Monatszahlung unter sehr günstigen Bedingungen, nur erstklassige Fabrikate. Auf Wunsch komme mit Katalog ins Haus. Spezialmaschinen für Schuhmacher, Schneider, Sattler usw. Offerten unter Chiffre Nr. 4189 an die Expedition d. Bl.

pfannkuch & Co
 frisch eingetroffen!
 Ein Waggon **Perplex-Margarine**
 Ertrag für Butter 12.50 1/2-Pfund-Würfel
Trumpf-Margarine
 9.00 1/2-Pfund-Würfel

Pfannkuch & Co
 C. m. b. H.
Arbeiter! Werbet für den „Volksfreund.“

Baubund-Möbel
 Verkauf gegen Teilzahlung
 in solider Ausführung den veränderten Zeitverhältnissen in Bezug auf Preis und Formgebung angepasst
 Verkauf gegen Barzahlung bei der gemeinnützigen Hausratgehilfschaft **Bad. Baubund G. m. b. H.**
 Karlsruhe, Karl-Friedrichstraße 22
 Gehaus-Rondellplatz, Fernsprecher 5157
 Tägl. geöffnet: vorm. 8-12, nachm. 2-6 Uhr

Bruchtaler Anzeigen.
 Gedruckt betr.
 Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß auch in diesem Jahre alle wegen Feldpreisel-rechtskräftig bekräftigten Personen in beiden hiesigen Zeitungen sowie im Volksfreund in Karlsruhe ver-öffentlicht werden.
 Bruchtal, den 10. Mai 1921. 1147
 Bürgermeisteramt, Dr. Meißner, Boll.

Zugarten
 für werdende und stillende Mütter und für Kinder bis zum vollendeten zweiten Lebens-jahre wollen am Freitag, den 13. Mai 1921, auf der Kartenausgabe, Zimmer Nr. 1, von den Empfangsberechtigten abgeholt werden. Die bei der Anmeldung zugewiesene Ausweis-Nummer ist vorzulegen.
 Bruchtal, den 11. Mai 1921.
 Kommunalverband Bruchtal-Stadt Kartenausgabe.

Kohlen-Ausgabe.
 Am Freitag, 13. April, wird bei nachstehend aufgeführten Kohlenhandlungen auf die Monatsmarkte Mai 21, Abschnitt I, für Küchen- und Zimmerbrand Brennmaterial abgegeben:
 Bei J. Demberger je zwei Zentner Braunkohlenbrikett.
 Bei J. Schwaninger an die Kunden von Nr. 1 bis Nr. 430 je zwei Zentner Braunkohlenbrikett.
 Bei Straßer u. Federbusch an die Kunden von Nr. 1 bis Nr. 348 je ein Zentner Braunkohlenbrikett.
 Bei J. Rahn an die Kunden von Nr. 1 bis Nr. 288 je zwei Zentner Braunkohlenbrikett.
 Die bei J. Rahn eingelieferten Kunden werden durch die Kohlenhandlung von Straßer u. Federbusch beliefert.
 Das Brennmaterial muß bis zum 21. Mai abgeholt sein, andernfalls daselbst an weitere Kunden abgegeben wird. Auf Wunsch wird das Brennmaterial durch die Kohlenhandlungen geliefert.
 Bruchtal, den 11. Mai 1921.
 Ortskohlenstelle Bruchtal.

Rastatter Anzeigen.
 Quäterspeisung.
 Die Quäterspeisung der werdenden und stillenden Mütter findet nachmittags, sonderbormittags 9 Uhr im Maria-Theresien-Gärtchen statt, und zwar erstmals am Dienstag, den 17. Mai.
 Rastatt, den 12. Mai 1921.
 Das Bürgermeisteramt.

Grasversteigerung und Wiesenverpachtung.
 Die Stadtgemeinde Rastatt läßt am Samstag, den 14. Mai, vormittags 8 Uhr mit Zusammenkunft am Rohrerweg das diesjährige Graserträgnis der Wiesen am Festungsgelände, sowie der Niederwiese am Rheintor, ferner 2 Dose Burgdammborland, 3 Dose Wiesen im Unterbruch und eine Restparzelle am Wirslein auf 3 jährige Pachtdauer versteigern.
 Rastatt, den 10. Mai 1921.
 Das Bürgermeisteramt.

Offenburger Anzeigen.
 Milchpreis betreffend.
 Wir sind in die Lage gekommen, den Milchpreis ab 1. Mai auf 1.75 für den Liter zu erhöhen. Demzufolge sind wir genötigt, den Verkaufspreis im Kleinhandel auf 2.40 für den Liter Vollmilch und auf 1.50 für den Liter Mager- oder Buttermilch festzusetzen. Die Neufestsetzung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.
 Offenburg, den 9. Mai 1921.
 Der Stadtrat

Pfannkuch & Co
 Solange Vorrat! Ausnahme-Angebot!
Gemüse-Konserven
 Erbisen 1/2 Pfund-Dose 4.75
 Schnittbohnen 1/2 Pfund-Dose 3.25
 Tomaten-Purree 1/2 Pfund-Dose 3.75

Höchste Preise
 für Kleider, Uniformen, Wäsche, Schuhe, Teppiche, Gardinen etc. etc.
S. Axelrad
 Telefon 3980
 Offenbachstr. 32, 2. St.

Eleg. Seidenkostüm
 grau, neu, hell, Abend-mantel, geist. Seiden-stoffe, in m. Stidgerick, 15-16 jähr. Mädchen, in Protokoll mit Jacke, bl. Jackett, Gr. 46, 1911. Häterade, einige 3. weiße Halbhaube, rot. Sonnenschirm f. Mäd-chen pass. Bill. abg. 1196
 Offenbachstr. 32 II.

Br. Anzug für 100 RM. zu verkaufen.
 Badhornstr. 49. Ebed.

Metalbetten Stahlb., Federbetten, Polster an Federkern, Katalog frei.
 Eisenwerkfabrik Suhl i. Th.

Pfannkuch & Co
Schweine-Schmalz garantiert rein 11.-
Östol Tafel 11.-
Pflanzen-Fett Tafel 10.-
Margarine 1 Pfund-Würfel 9.-
 Feinstes **Salat-Del** Liter 16.-
 und 4.57
 Liter 18.-
Salat-Del in Flaschen

Für den
**Pfingst-
Bedarf**

Einsatz-Hemden prima weiss Trikot, mit Piqué-Einsatz **46⁵⁰**
Selbstbinder grosse breite Form, aparte neue Muster 19.50 14.50 13.75 **7⁵⁰**
Sport-Kragen prima Piqué, mit Knopflasche 10.50 6.90 **5⁵⁰**
Sport-Gürtel in Stoff . . . 22.50 **19⁷⁵** in Gummi . . . 15.50 13.75 **9⁷⁵**
Sport-Stutzen reine Wolle Paar **52⁰⁰**

Karlsruhe
Kaiserstr. 143

Paul Burchard

Durlach
Hauptstr. 56 a

Gebührentarif
für private Leistungen des städtischen Waisenmeisters.

1. Für Töten von Hunden mittels Kohlenäure Nf. 3.-
Raben 2.-
2. " Reinigen eines großen Hundes 8.-
mittleren 6.-
kleinen 4.-
3. " Ganzes Scheren eines großen Hundes oder eines Pudels 10.-
ganzes Scheren eines mittleren Hundes 8.-
kleinen 6.-
halbes " großen 8.-
mittleren 6.-
kleinen 4.-
4. " Abholen eines umgestandenen Stüdes Kleinvieh od. eines großen Hundes 6.-
Abholen sonstiger Hunde 3.-
von Raben und anderer Kleintiere 2.-

Karlsruhe, den 18. April 1921. 1151
Städtisches Schlacht- und Viehhofamt.

Wirtschafts-Übernahme.
Dem verehrten Publikum von Karlsruhe und Umgebung zur gefl. Kenntnis, daß ich unter dem heutigen die Wirtschaft
Zum Schützen
Wielandstrasse 32
übernommen habe. Es wird mein Bestreben sein meine werthen Gäste durch Verabreichung von guten Speisen und Getränken zu belohnen zu stellen. Eigene Schlachtruhe. Täglich frische hausgemachte Backwaren. Gut bürgerliche Küche. Reelle Weine. Sinner Bier. Nebenzimmer, für kleine Vereine geeignet. Um gütigen Zuspruch bittet
Achtungsboll
Reinhold Bühler
4250
Kocher und Wirt.

Neu eingetroffen:
Großer Kasten
Vorhänge.
Lagerbesuch lohnend.
Arthur Baer
Kaiserstrasse 133, 1 Treppe
Eingang Kreuzstr. 4250

Stusten, Atemnot,
Verstärkung.
Schreibe allen Leidenden gerne umsonst, womit ich mich von meinem schweren Lungenleiden selbst befreite
Frau Kürschner,
Hannover, Osterstr. 56.
Auch bei Hautjucken, Flechten, Krätze, offenen Weingeschwürren gern umsonst Auskunft. Rückkarte erwünscht. 3945

**HERREN
ARTIKEL**

Ein Post. Herrenhüte **38⁰⁰**
moderne Farben Stück

Herren-Woll-Velourhut helle Farben Stück 75.00 **65⁰⁰**
Herren-Hemd prima Percal mit Kragen und Doppelmanschetten 85.00 **75⁰⁰**
Schillerhemd Panamaqualität 77.00 **62⁰⁰**
Selbstbinder schöne Streifen 975
Strickbinder moderne Farben 1275
Herren-Sportkragen Panamaqual., beige weiss Cretonne 4.50, Piqué 5.50 **350**
Westengürtel aus guten Stoffen, schwarz 22.50, in schönen Mustern 1950
Schmale Ledersportgürtel in ein'acher und elegant. Ausföhr.
Reise- u. Sportmützen in grosser Auswahl
Spazierstöcke, Haken- u. Knopfgriffen
Gebirgsstöcke f. Damen u. Herren
Herren-Strohüte
in grosser Auswahl, Verkauf im Erdgeschoss

KNOPF.



Die Hundetage betr.
Wir machen darauf aufmerksam, daß in der ersten Hälfte des Monats Juni (d. i. längstens bis 15. Juni 1921) jeder über 6 Wochen alte Hund bei der Steuereinnahmehere am Ort des Wohnortes oder des dauernden Aufenthalts des Besitzers anzumelden ist. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich, wenn der Besitz des Hundes in der ersten Hälfte des Monats Juni wieder aufgegeben wurde. Mit der Anmeldung ist die vorgeschriebene Taxe zu entrichten. Dieselbe betragt für das vom 1. Juni 1921 bis 31. Mai 1922 laufende Taxjahr
a) in der Stadt Karlsruhe und den eingemeindeten Orten Weierheim, Durlach, Grünwinkel, Nittheim und Rippurr (ein. schließl. des Gemeindebezirks) von 24 M.
b) in den übrigen Gemeinden des Amtsbezirks 24 M.
für jeden über 6 Wochen alten Hund. 1159
Karlsruhe, den 4. Mai 1921. O.3. 74
Bad. Bezirksamt. — Polizeidirektion

Die Hundetage betr.
An die Bürgermeisterämter der Landgemeinden des Amtsbezirks.
Obige Bekanntmachung ist in der Gemeinde noch besonders in ortsbühlicher Weise zu veröffentlichen. Spätestens bis zum 1. Juli d. J. ist gemäß § 4 der Verordnung vom 5. Mai 1906 „Die Hundetage betreffend“ (Ges. u. Verordnungsblatt 1906, Seite 80) zu berichten oder Besondere zu erstatten.
Karlsruhe, den 4. Mai 1921.
Bad. Bezirksamt

Sparkassenbeamter gesucht.
Die Gemeinde Gaggenau sucht zum als baldigen Eintritt für die neu einzurichtende Spar- und Darlehenskasse mit Giro-Abteilung einen selbstständigen zuverlässigen
Kassenbeamten.
Bewerbungen sind unter Vorlage von Zeugnissen, kurzem Lebenslauf und Gehaltsansprüchen bis 18. ds. Mts. hier einzureichen
Gaggenau, den 11. Mai 1921.
Das Bürgermeisteramt:
Schneider. Rardjer.

Fabrik-Niederlage Karlsruhe
der Bergisch-Märkischen Margarinewerke F. A. Isserstedt A.-G., Elberfeld und Berlin-Pichelsdorf,
Alleinhersteller der
Ausser Konzern **Qualitätsmarke** Ausser Konzern

Esbu
Margarine
Erstet
Feinste Süßrahm-Butter
Erstklassige altbewährte Margarine aus allerfeinsten Fetten hergestellt, mit frischer Milch verarbeitet, deshalb wie Tafelbutter zu verwenden
Stets frisch ab Lager-Karlsruhe — In den besseren Geschäften zu haben
General-Vertreter Mondorf & Mellert, Karlsruhe
Telephon 4993 24 Luisenstraße 24 Telephon 4993

Achtung! Achtung!

Schuh-Verkauf
des Gewerkschaftskartells Emmendingen
zu außerordentlich billigen Preisen

im

„Roten Kreuz“
Stejanienstr. 74 im Hof (Baracke).